**(Katja Suding)**

und recherchiert hat, dann einen Ausschreibungskatalog vorlegt, damit wir in dieser Sache weiterkommen.

Dann soll es eine Auswahlkommission geben. Wir würden uns wünschen, dass sich diese Auswahlkommission am Ende maßgeblich aus dem Beirat zusammensetzt. Für uns ist dabei wichtig, auf unnötige Bürokratie und auf Gremien zu verzichten, die aneinander vorbeiarbeiten. Deshalb haben wir uns auch klar für die Berufung der Auswahlkommission aus dem Beirat heraus ausgesprochen.

Meine Damen und Herren! Bereits im Vorfeld der Anhörung haben wir auf einen Aspekt hingewiesen, der bei der Neuerrichtung eines Denkmals für uns ganz wesentlich ist. Schon im Entstehungsprozess muss nämlich die Frage nach einer späteren Einbeziehung in die politische Bildungsarbeit berücksichtigt werden, genauso wie die Einbindung in die schulisch-politische Aufklärungsarbeit. Herr Wankum hatte es schon gesagt: Wir möchten mit dem Denkmal erreichen, dass die Dinge, die geschehen sind, niemals vergessen werden. Und deswegen ist das für uns ein ganz, ganz zentraler Aspekt dieses Denkmals. Wir sind froh, dass diese Punkte einvernehmlich in die Beratungen des Kulturausschusses mit eingeflossen sind.

Auch wenn es im Kontext dieser wichtigen Thematik sicherlich nicht ganz einfach ist, auch finanzielle Aspekte anzusprechen, so gehören sie doch, wenn wir fundiert debattieren wollen, einfach dazu. Auch der Kulturausschuss diskutiert natürlich nicht losgelöst von finanziellen Zwängen und den notwendigen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung. Von daher begrüße ich es ausdrücklich, Frau Professor Kisseler, dass die Kulturbehörde bereits angekündigt hat, die notwendige Recherchearbeit, die in diesem Jahr schon anfällt, aus bestehenden Mitteln zu finanzieren.

Meine Damen und Herren! Ich danke nochmals allen für die einvernehmliche und gute Debatte und das wichtige Zeichen, das von dieser Stelle heute an die Opfer und deren Familien ausgeht. – Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg**: Vielen Dank, Frau Suding. Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer möchte dem Interfraktionellen Antrag aus der Drucksache 20/4467 in der Neufassung seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit einstimmig beschlossen worden.

Zudem stelle ich fest, dass die Bürgerschaft vom Bericht des Kulturausschusses aus der Drucksache 20/4339 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe damit auf Tagesordnungspunkt 46, Drucksache 20/4149, Antrag der SPD-Fraktion: Menschen mit Behinderung bei der Planung öffentlicher Freiräume besser berücksichtigen.

**[Antrag der SPD-Fraktion:**
**Menschen mit Behinderung bei der Planung öffentlicher Freiräume besser berücksichtigen!**
**– Drs 20/4149 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/4468 ein Antrag der GAL-Fraktion vor.

**[Antrag der GAL-Fraktion:**
**Menschen mit Behinderungen beteiligen**
**– Drs 20/4468 –]**

Wer wünscht das Wort? – Frau Jäck wünscht es und hat es.

**Regina-Elisabeth Jäck** SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Nach diesem sehr tragenden und wichtigen Thema kommen wir zurück in den hamburgischen Alltag und zu den Menschen mit Behinderung. Menschen mit Behinderungen müssen bei der Planung öffentlicher Freiräume berücksichtigt werden.

Gerade Menschen mit Sehbehinderungen stehen in der HafenCity oder am Jungfernstieg vor vielen Problemen. Auf großen, kontrastarmen Flächen fällt die Orientierung schwer. Sturzgefahren bestehen dort, wo Sitzstufen nicht eindeutig von echten Stufen unterschieden werden können oder Handläufe unterbrochen sind oder ganz fehlen. Kontrastarme Gestaltung wird für Menschen mit Behinderung immer zum Problem, da Hindernisse wie Stadtmöbel, Poller oder Fahrradständer oftmals nur sehr schwer erkennbar sind. Wer sich diesen Gefahrenstellen nicht aussetzen möchte, meidet solche Orte oder ist auf Hilfe Dritter angewiesen.

Seit Mai 2012 gelten in Hamburg die Regelungen der neuen PLAST 10 – Planungshinweise für Stadtstraßen. Sie stellen sicher, dass zukünftig neben Menschen mit Gehbehinderung auch Menschen mit Sehbehinderung bei der Planung von Freiflächen berücksichtigt werden müssen. Diese Regelungen gelten für neue Vorhaben, nicht aber für bereits begonnene oder abgeschlossene Projekte. Inklusion realisiert sich im täglichen Leben. Wir müssen lernen, die Welt so wahrzunehmen, wie es Menschen mit Behinderung tun.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion fordert im Einzelnen: Für die öffentlichen Freiräume in der HafenCity und am Jungfernstieg soll überprüft werden, inwiefern durch Nachbesserungen, beispielsweise durch den nachträglichen Einbau von Handläufen an Treppen, oder durch Kenntlichmachen von Ge-

**(Regina-Elisabeth Jäck)**

fahrenstellen eine sichere Orientierung ermöglicht werden kann. Bei der Auslobung von Wettbewerben zur Freiraumplanung und der Vergabe von Planungsleistungen sollen auch die Belange von Menschen mit Sehbehinderungen berücksichtigt werden.

(Beifall bei der SPD)

Bereits vor der Fertigstellung großer städtebaulicher Projekte soll darauf geachtet werden, dass auch Menschen mit Behinderungen gefahrlos und barrierefrei ihre Wohnung und andere Ziele erreichen können. Menschen mit Behinderungen müssen am urbanen Raum teilhaben dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Für die Weltstadt Hamburg mit ihren vielen städtebaulichen Anziehungspunkten ist es gut, einen weiteren Schritt auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft im Sinne der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen voranzukommen. Stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD)

Zum Zusatzantrag der GAL-Fraktion: Die Aussagen eingangs im Antragstext entsprechen leider nicht der Faktenlage. Die Forderungen nach Beteiligung von Menschen mit Behinderungen sind richtig und dem stimmen wir zu. Dazu gibt es bereits wichtige Weichenstellungen und Aufträge, die bereits in Arbeit sind und auf deren Ergebnisse wir warten. Dem Antrag stimmen wir aufgrund dessen nicht zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg**: Vielen Dank, Frau Jäck. – Das Wort hat Frau Wolff.

**Katharina Wolff** CDU:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch die Bürgerschaftsfraktion der CDU unterstützt Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen und in diesem Fall dann auch Ihren Antrag. Dazu gehört auch, bei der Planung von Freiräumen eine sichere und gefahrlose Nutzung für alle Menschen in Hamburg zu gewährleisten. Unsichere Bereiche wie beispielsweise Treppenstufen, wie von Frau Jäck gerade angesprochen, müssen für behinderte Menschen gut erkennbar sein.

(Glocke)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg** (unterbrechend): Einen Moment, bitte, Frau Abgeordnete.

Meine Damen und Herren! Es redet nur Frau Wolff. Der Senat hat zwar nach der Verfassung das Recht, jederzeit das Wort zu ergreifen, aber bitte dann eine Anmeldung vorher, Herr Senator. Und die Abgeordneten bitte genauso. Frau Wolff, Sie haben das Wort.

**Katharina Wolff** CDU (fortfahrend): – Vielen Dank, Herr Präsident.

Wichtig ist, die Vorgaben aus der UN-Behindertenrechtskonvention systematisch umzusetzen und die Inklusion voranzutreiben. Die Teilnahme an allen gesellschaftlichen Aktivitäten und auf allen Ebenen und in vollem Umfang zu ermöglichen, muss unser Ziel sein. Dazu gehört, für ein barrierefreies Stadtbild für Menschen mit Behinderungen Sorge zu tragen. Diese Menschen müssen ungehindert und gefahrlos ihre Wohnung erreichen können und Treppenanlagen gefahrlos benutzen können. Dies muss als eine notwendige Pflicht im Sinne des Inklusionsgedankens gesehen werden.

In Hamburg sieht dies an vielen Stellen leider noch nicht komplett so aus, hier muss die Stadt nachbessern. Dabei sollten ästhetische Gesichtspunkte ohne Zweifel eine untergeordnete Rolle spielen. Aber nicht nur in diesem Punkt bedarf es der parlamentarischen Unterstützung. Wir als CDU haben in unseren Anträgen auch auf weitere Verbesserungsmöglichkeiten hingewiesen wie zum Beispiel auf ein Notrufsystem für gehörlose Bürgerinnen und Bürger, das wir im März gefordert hatten.

(Beifall bei der CDU)

Doch wir können als Opposition natürlich viel reden, wenn die Regierung nicht mitzieht. So bleibt es mir unverständlich, auch wenn wir sonst in vielen Punkten einer Meinung sind, was dieses Thema betrifft, warum der Landesaktionsplan zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention immer noch nicht vorgelegt wurde. Wir können nur immer wieder auf die Notwendigkeit einer flächendeckenden Barrierefreiheit von Straßen, Plätzen und Bahnhöfen für Menschen mit Behinderung hinweisen und versuchen, möglichst parteiübergreifend an einer schnellen Umsetzung zu arbeiten.

Hier gilt es, für die betroffenen Menschen an einem Strang zu ziehen. Wir haben unseren Teil dazu beigetragen, indem wir in zahlreichen Anfragen den Senat auf die ungelöste Problematik hingewiesen haben. Dazu gehört unter anderem der U-Bahnhof Langenhorn-Nord, die Situation des barrierefreien Ausbaus von vielen U-Bahn-Stationen und der barrierefreie Ausbau der S-Bahn-Haltestelle Wellingsbüttel. Die Antworten des Senats waren noch etwas zurückhaltend und nicht ganz zufriedenstellend, aber ich bin mir sicher, dass der Senat dort nahe dran ist.

Uns allen ist klar, dass etwas getan werden muss. Lassen Sie es uns gemeinsam anpacken und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zusammen vorantreiben. Deswegen werden wir Ihrem Antrag in voller Gänze zustimmen. – Vielen Dank.